

MARTA CASTRO/MAURA MAGNI

Solidarische Städte: Pionierinnen für eine andere Migrationspolitik

Der «Sommer der Migration» 2015 war ein Schlüsselmoment, der eine große Solidarität mit Geflüchteten in Deutschland offenbarte. Heute, zehn Jahre später, verfolgen die EU und die Bundesregierung eine zunehmend restriktive Migrationspolitik und die Solidarität von damals droht verloren zu gehen. Doch auf kommunaler Ebene lebt sie in Teilen weiter. Anhand von inspirierenden Beispielen werden in diesem Policy Brief Handlungsspielräume, Strategien und Instrumente vorgestellt, mit denen Kommunen die Aufnahme und Teilhabe von Schutzsuchenden praktisch umsetzen und vorantreiben können. Denn in diesen bedrohlichen politischen Zeiten erinnern solidarische Städte uns daran, dass eine andere Migrationspolitik nicht nur nötig, sondern durchaus möglich ist.

Vom «Sommer der Migration» zur Politik der Abschottung: Städte im Kampf um Solidarität

Im Jahr 2015 kamen innerhalb weniger Monate mehr als eine Million Geflüchtete vor allem aus Syrien, Afghanistan und dem Irak nach Deutschland (Pro Asyl 2016a) – auf der Suche nach einem würdevollen Leben. **Es waren die Schutzsuchenden selbst, die mit ihrem Mut und Durchhaltevermögen Grenzen überwandten und für einen kurzen Moment die «Festung Europa» ins Wanken brachten** (Pro Asyl 2016b). In Deutschland wurden sie an den Bahnhöfen und in den Städten von vielen Freiwilligen empfangen. Eine breit getragene Willkommenskultur brach sich Bahn und die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ließ sich zu ihrem berühmten Satz «Wir schaffen das» hinreißen (Pro Asyl 2016c). Dieses Ereignis markierte einen wichtigen Moment der Solidarität in Deutschland und Europa. Eine Solidarität, die jetzt gefährdet ist.

Denn zur gleichen Zeit erstarkten in ganz Europa – auch in Reaktion auf die breite Solidarität mit Geflüchteten – rechtsextreme Parteien. **Im öffentlichen Diskurs gewinnen rechte Kräfte an Hegemonie und treiben die Asylpolitik der EU und Deutschlands vor sich her.** Nach vier Jahren Verhandlungen über die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) verabschiedete das Europäische Parlament im April 2024 den «Pakt zu Migration und Asyl». Er sieht ein strengeres Grenzregime vor und stärkt die Möglichkeit der Mitgliedstaaten, beschleunigte Grenzverfahren anzuwenden. Er versäumt es jedoch, einen fairen Mechanismus zur Verteilung von Verantwortung unter den Mitgliedstaaten zu schaffen. Zudem fördert er die

Zusammenarbeit mit Drittstaaten im Bereich Migrationsmanagement und treibt eine weitere Externalisierung der europäischen Migrationspolitik voran (Pro Asyl 2024).

Die Ampelregierung von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP trug diese historisch größte Asylrechtsverschärfung auf europäischer Ebene mit. **Heute setzt die Migrationspolitik der CDU von Friedrich Merz sogar noch stärker auf Abschottung und Zurückweisung.** Ein zentrales Element ist die Einführung von Pushbacks an den deutschen Grenzen, bei denen Schutzsuchende ohne individuelle Asylprüfung zurückgewiesen werden – ein klarer Verstoß gegen Menschenrechte sowie geltendes EU-Recht (DIMR 2025). Parallel hat die Regierung das Recht auf Familienzusammenführung ausgesetzt (Deutscher Bundestag 2025) und humanitäre Aufnahmeprogramme zurückgefahren (Ärzte ohne Grenzen 2025).

Vor dem Hintergrund dieser zunehmenden politischen Restriktionen auf europäischer wie nationaler Ebene stellt sich die Frage, wie Kommunen darauf reagieren können – insbesondere jene, die eine solidarische Migrationspolitik aufrechterhalten oder neu entwickeln wollen.

Von der Sanctuary-City-Bewegung zu solidarischen Städten

Trotz ihrer begrenzten rechtlichen Handlungsspielräume haben Kommunen in ganz Europa in den letzten zehn Jahren ihre Verantwortung ernst genommen und gezeigt, dass **ein anderer Umgang mit Migration möglich ist.** Solidarische Städte sind als direkte Reaktion auf die hu-

manitären Krisen und politischen Asylverschärfungen entstanden. Die Wurzeln der Bewegung lassen sich bis in die 1980er-Jahre nach Nordamerika zurückverfolgen. Städte wie San Francisco gelten als Pioniere der Sanctuary-City-Politik (Houston/Tucker 2024), die darauf abzielte, Geflüchtete vor Abschiebung und Ausgrenzung zu schützen.

In Europa gewann die Bewegung der solidarischen Städte nach der Tragödie von Lampedusa im Oktober 2013 stark an Bedeutung.

In unmittelbarer Nähe zur italienischen Küste waren innerhalb weniger Tage mehr als 600 Menschen ertrunken. Daraufhin erklärte der damalige Bürgermeister von Palermo, Leoluca Orlando, seine Stadt 2015 zur «Stadt der Willkommenskultur». Er initiierte die «Charta von Palermo», die unter anderem für das Recht auf freie Wohnortwahl für alle Menschen eintrat (Città di Palermo 2015). Als Innenminister Matteo Salvini 2018 die Häfen für zivile Rettungsschiffe im Mittelmeer sperrte, schlossen sich weitere Städte (u. a. Neapel, Reggio Calabria, Messina) Orlandos Initiative an und erklärten sich zu «sicheren Häfen» für aus Seenot gerettete Menschen (Braun/Wandler 2018).

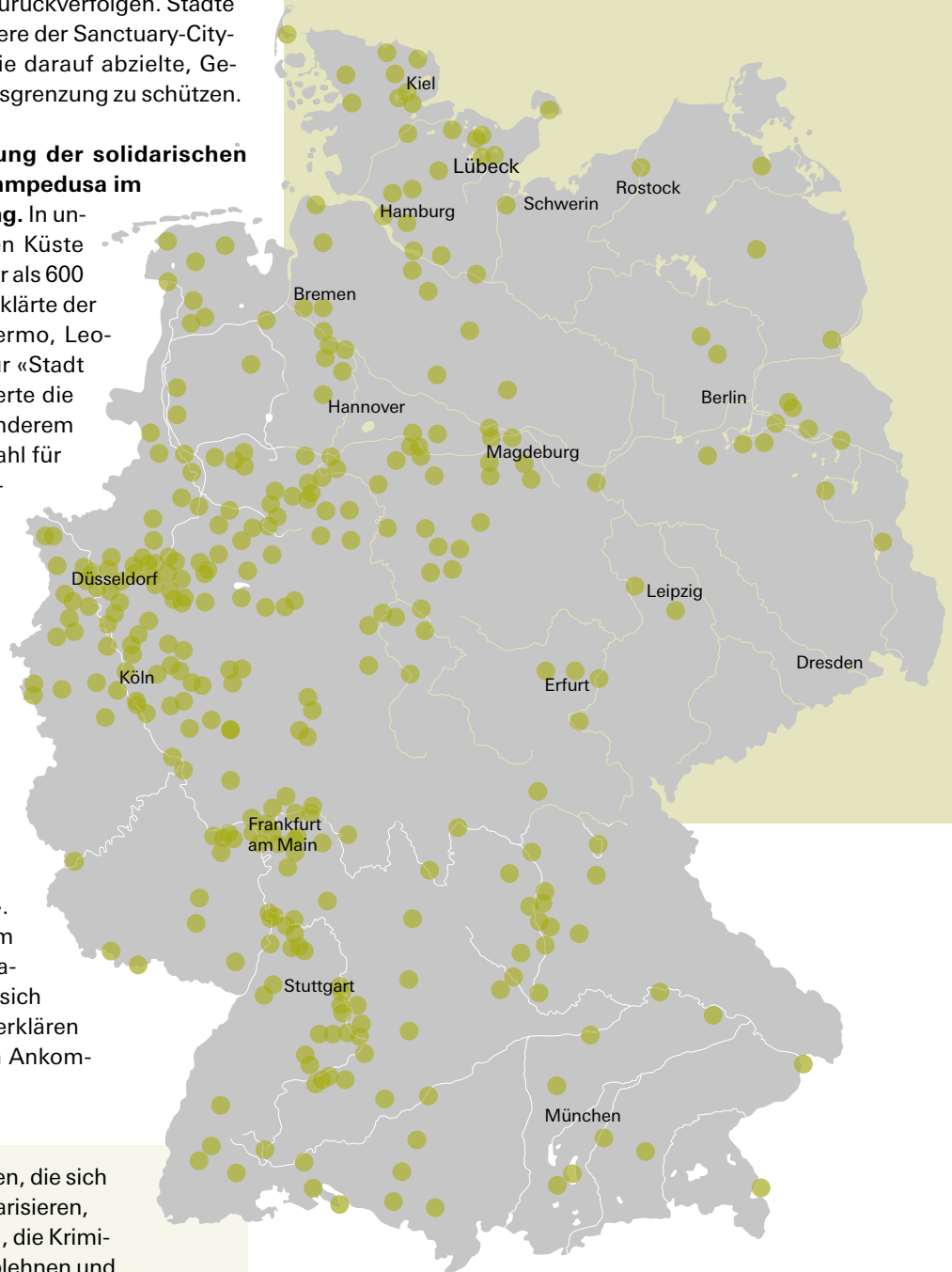
In Deutschland formierte sich parallel dazu die zivilgesellschaftliche Protestbewegung «Seebrücke». Zehntausende Menschen gingen im Juni 2018 bundesweit auf die Straße und forderten Kommunen auf, sich ebenfalls zu «sicheren Häfen» zu erklären und damit ihre Solidarität mit den Ankommenden zum Ausdruck zu bringen.

«**Sichere Häfen**» sind Kommunen, die sich öffentlich mit Geflüchteten solidarisieren, sichere Fluchtwege unterstützen, die Kriminalisierung der Seenotrettung ablehnen und sich für Seenotrettung einsetzen.

Im Sommer 2018 reagierten die ersten deutschen Städte – etwa Köln, Düsseldorf und Bonn – auf die humanitäre Krise im Mittelmeer. In einem gemeinsamen Brief an die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) forderten ihre Oberbürgermeister*innen die Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen und boten an, Geflüchtete in ihren Städten unterzubringen (Fröhlich/Funk 2018). Dies markierte den politischen Impuls, weitere Kommunen zum Mitmachen zu bewegen. Seitdem schlossen sich über 320 Städte und Landkreise der Bewegung an und erklärten sich zu «sicheren Häfen».

Ein Jahr später, im Sommer 2019, initiierte die «Seebrücke» zusammen mit der Stadt Potsdam das Bündnis «Städte Sicherer Häfen», um eine noch schlagkräf-

**Bündnis «Städte Sicherer Häfen»
in Deutschland**

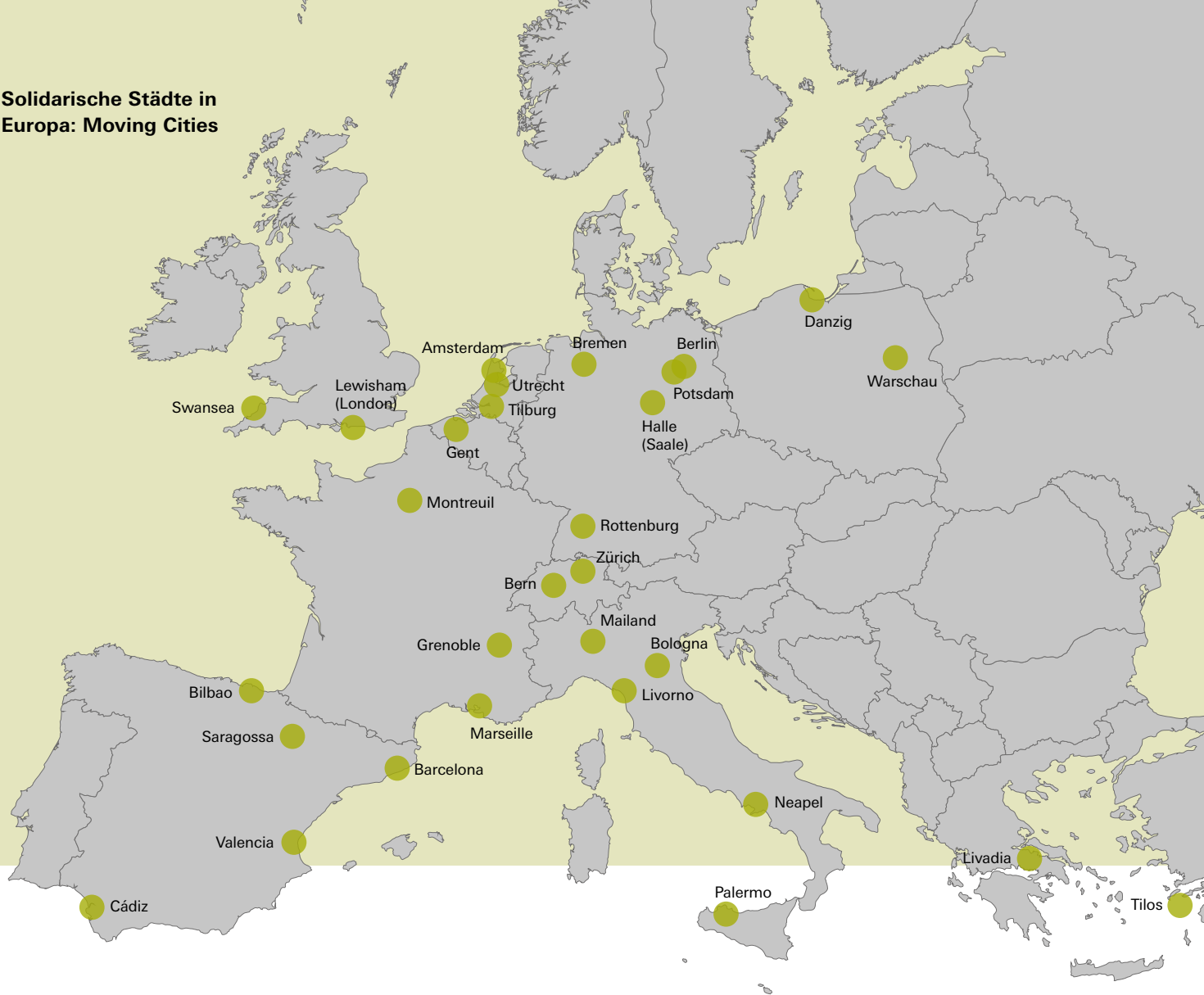


Quelle: www.seebruecke.org/sichere-haefen/haefen

tigere kommunale Interessenvertretung auf Bundesebene zu schaffen. 120 besonders engagierte «Sichere-Häfen-Städte» sind hier miteinander vernetzt und treten für eine humanere Migrationspolitik in Deutschland ein.

Auf europäischer Ebene vernetzte sich die «Seebrücke» im Bündnis FromSea2City mit Initiativen und Aktivist*innen aus anderen Ländern. **Gemeinsam gründeten sie 2021 die International Alliance of Safe Harbours (IASH), die derzeit 34 Städte umfasst** – darunter Berlin, Barcelona, Athen und Potsdam. Diese Städte haben sich in den letzten Jahren zu eigenständigen migrationspolitischen Akteuren emanzipiert und auf öffentlicher Bühne Stellung bezogen.

Solidarische Städte in Europa: Moving Cities



Quelle: <https://moving-cities.eu/de/ausgewaehlte-staedte>

Das digitale Mapping «Moving Cities» gibt einen Überblick über engagierte europäische Städtenetzwerke. Es werden 30 solidarische Städte sowie über 70 ihrer inspirierenden Ansätze für eine andere Migrationspolitik detailliert vorgestellt.

Solidarische Städte in Deutschland

Welche konkreten politischen, rechtlichen und praktischen Instrumente nutzen Kommunen bereits, um eine menschenrechtsorientierte Aufnahme- und Integrationspolitik umzusetzen? Am Beispiel von Berlin, Rottenburg und Potsdam werden im Folgenden die Wege dieser Kommunen hin zu «solidarischen Städten» aufgezeigt.

Berlin nutzt seinen Spielraum

Im Jahr 2016 beauftragte der neu gewählte rot-rot-grüne Berliner Senat Jurist*innen sowie Vertreter*innen antirassistischer Organisationen damit zu prüfen, **wie die nationalen Migrationsgesetze zugunsten von Migrant*innen interpretiert werden können**. In der Folge begannen lokale Behörden ihren gesetzlichen Ermessensspielraum zum Schutz besonders vulnerabler Geflüchteter zu nutzen, in-

dem bestehende Vorschriften integrationsfreundlicher ausgelegt wurden (vgl. Jakob 2021a).

Auch in den Folgejahren entwickelte Berlins Asylpolitik Alternativen zu bundespolitischen Vorgaben. Während die Bundesregierung die Finanzierung der unabhängigen Asylverfahrensberatung 2019 einschränkte und diese Aufgabe dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) übertrug, entwickelte Berlin ein Modell unabhängiger Beratung im Ankunftszentrum. Es wird von einer sozialen Organisation umgesetzt und garantiert frühzeitige und unparteiische Unterstützung. Zudem finanzierte die Stadt weiterhin Informationsangebote, sodass Asylsuchende trotz bundesweiter Einschränkungen Zugang zu unabhängiger Beratung erhielten.

Doch die Stadt engagierte sich nicht nur auf lokaler Ebene für einen anderen Kurs in der Migrationspolitik. **Berlin unternahm (in seiner spezifischen Rolle als Stadtstaat) auch politische Schritte, um das Recht der Bundesländer auf die direkte Aufnahme von Geflüchteten durchzusetzen**. Als Reaktion auf die humanitäre Krise nach dem Brand im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos im Jahr 2020 stieß Berlin zusammen mit Thüringen eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Paragraphen 23 des Aufenthalts-

gesetzes an. Ziel der Änderung war es, dass die Länder eigenständig und ohne vorherige Genehmigung des Bundesinnenministeriums (BMI) Geflüchtete aufnehmen und so in humanitären Notlagen schneller handeln können. Die Initiative stieß im Bundesrat jedoch auf Widerstand und wurde nicht verabschiedet (vgl. Podolski/Suliak 2020).

Rottenburg zeigt, dass es anders geht

Eine konservativ regierte Kleinstadt in Baden-Württemberg wurde 2019 zu einem nationalen Symbol für humanitäres kommunales Handeln: **Rottenburg am Neckar forderte die direkte Aufnahme von Geflüchteten aus dem Mittelmeerraum** (vgl. Jakob 2021b). Oberbürgermeister Stephan Neher (CDU) schlug damals sogar vor, einen örtlichen Busfahrer zu schicken, um die Schutzsuchenden in Italien abzuholen. Obwohl Rottenburg ein vergleichsweise kleiner Ort ist, wurde er zum treibenden Akteur beim Aufbau des Bündnisses «Städte Sicherer Häfen» und übernahm die Koordination für Baden-Württemberg. Zudem beteiligte sich die Stadt Rottenburg aktiv an dem Programm «Neustart im Team» (NesT).

NesT ist ein Aufnahme- und Patenschaftsprogramm für besonders schutzbedürftige Geflüchtete. Eine Gruppe Freiwilliger aus Deutschland unterstützt die geflüchtete Person oder Familie bei der Wohnungssuche, bei Behördengängen und Ähnlichem.

Die Stadt Rottenburg rief ihre Bürger*innen dazu auf, sich am Programm NesT zu beteiligen, und übernahm **eine koordinierende und unterstützende Rolle**: Sie hilft bei der Auswahl und Begleitung der Mentor*innen-Gruppen, vermittelt Wohnraum und kooperiert eng mit dem Landkreis und zivilgesellschaftlichen Akteuren. So ermöglicht Rottenburg gemeinsam mit engagierten Bürger*innen die sichere Aufnahme und nachhaltige Integration von Geflüchteten, die über humanitäre Resettlement-Programme nach Deutschland kommen.

Während die Unionsregierung solche Vorstöße auf Bundesebene bisher immer abschmettete, ließ sich Rottenburgs Oberbürgermeister nicht beirren. Sein Handeln beweist, dass auch unter CDU-Führung eine andere Migrationspolitik durchaus denkbar ist.

Potsdam organisiert die kommunale Interessenvertretung

Bereits in den ersten Monaten der neu entstehenden «Sichere-Häfen-Bewegung» schritt die ostdeutsche Landeshauptstadt Potsdam mit gutem Beispiel voran, damit ihre Erklärung zum «sicheren Hafen» kein Lippenbekenntnis blieb (vgl. Jakob 2021c).

So arbeitete Potsdam seit 2018 aktiv an einer Reform seiner Ausländerbehörde, die zuvor den Bedürfnissen von Migrant*innen nicht ausreichend gerecht geworden war. Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, mit Vertreter*innen

migrantischer Communities, Kirchen und Jurist*innen **entwickelte die Stadt neue Richtlinien gegen Diskriminierung**. Diese wiesen die Mitarbeitenden an, Aufenthaltsgenehmigungen zu erteilen, wann immer dies rechtlich möglich sei, den Familiennachzug zu priorisieren und durch Schulungen Kommunikation und interkulturelle Sensibilität zu verbessern. Außerdem wurden zum Beispiel Dolmetscher*innen für Telefon- und Videogespräche bereitgestellt und Arbeitserlaubnis-Anträge priorisiert.

Doch das Engagement auf lokaler Ebene reichte der Landeshauptstadt nicht. Mit der «Potsdamer Erklärung» und der anschließenden Gründung des Bündnisses «Städte Sicherer Häfen» im Jahr 2019 initiierte die Stadt zusammen mit der Bewegung «Seebrücke» **ein deutsches Netzwerk engagierter Kommunen**. Das Städtebündnis förderte die kommunale Aufnahme von Geflüchteten deutschlandweit, übte politischen Druck auf die Bundesregierung aus und etablierte einen regelmäßigen Dialog mit dem BMI. Potsdam übernimmt bis heute die Koordinierung des Bündnisses auf Bundesebene.

Rechtliche Spielräume nutzen und Forderungen stellen – ein Handlungsleitfaden

Die Beispiele Berlin, Rottenburg und Potsdam zeigen, dass Städte auf ganz unterschiedliche Art und Weise zu einer solidarischen Asyl- und Migrationspolitik beitragen können. Doch auch abseits einzelner Leuchtturm-Initiativen können Kommunen über ihre vorgeschriebenen Aufgaben hinaus **die Aufnahme von Schutzsuchenden fördern**. Im Folgenden werden einige Schlaglichter auf ihre rechtlichen Spielräume geworfen.

Wer mehr erfahren möchte: Der Handlungsleitfaden für solidarische Städte von Moving Cities «Wie Kommunen Menschen schützen können» stellt 20 konkrete (rechtliche) Möglichkeiten vor, wie solidarische Städte zur Aufnahme von Geflüchteten beitragen können. Online abrufbar unter: <https://moving-cities.eu/de/#handlungsleitfaden-kommunale-aufnahme>

Solidarisch entscheiden im Visaverfahren

Als Träger der Ausländerbehörden haben Kommunen in Deutschland verschiedene Möglichkeiten, die Aufnahme von Schutzsuchenden über **das Visaverfahren zu beeinflussen**. So können sie unter anderem:

- *die kommunale Aufnahmebereitschaft in die Visavergabe einbeziehen*. Da das Migrationsrecht den örtlichen Ausländerbehörden einen weiten Ermessensspielraum im Visumverfahren einräumt, können «Sichere-Häfen-Kommunen» ihre erklärte Aufnahmebereitschaft bei der Zustimmung zu Visa geltend machen;
- *mit Vorab-Zustimmungen die Visavergabe begünstigen und beschleunigen*. Kommunen können Schutzsuchen-

den aktiv dabei helfen, schneller ein Visum zu erhalten, indem ihr lokales Ausländeramt eine Vorab-Zustimmung erteilt, die die Visumerteilung erheblich beschleunigt oder erst ermöglicht;

- *Ermessensspielraum für die Vergabe humanitärer Visa nutzen.* Ausländerbehörden haben bei humanitären Visa einen noch größeren Entscheidungsspielraum als bei anderen Visa. Bei Visa für humanitäre Kurzaufenthalte und politischen Visa ist nicht einmal ein Zustimmungsverfahren vorgesehen, sodass einfache Unterstützungsbriefe den Schutzsuchenden bei ihrem Antrag erheblich helfen können;
- *wohlwollende Entscheidungsmaßstäbe durch Verwaltungsvorschriften absichern.* Kommunen können interne Richtlinien oder Verwaltungsvorschriften erlassen, um Entscheidungen zugunsten von Schutzsuchenden zur Regel zu machen (und damit auch die eigenen Mitarbeitenden zu entlasten).

Forderungen an die Bundesregierung stellen

Darüber hinaus können Kommunen in Deutschland **politische Forderungen an die Bundesregierung** richten. Mögliche Ansatzpunkte:

- *die Stadt zum «Sicheren Hafen» erklären* und dabei zum Beispiel Solidarität öffentlich zeigen, Seenotrettung unterstützen, Aufnahmeprogramme fördern, menschenwürdige Bedingungen schaffen und bundesweite und europäische Advocacy betreiben;
- *Abschaffung der Einvernehmensregel des Bundes für kommunale Aufnahme fordern:* So können Kommunen die zusätzliche Aufnahme von Asylsuchenden eigenständig organisieren und dadurch insbesondere in akuten Krisensituationen schnell und unbürokratisch handeln;
- *regelmäßige Bund-Länder-Kommunen-Gipfel zur besseren Koordination verlangen:* Die Bedarfe sowie Forderungen von (solidarischen) Kommunen sollten stärker in die Migrationspolitik des Bundes einbezogen werden. Ein Ansatz hierfür könnte der sogenannte Flüchtlingsgipfel sein, der seit Oktober 2022 abgehalten wird, um die Kommunen bei der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine zu unterstützen;
- *sichere Fluchtwege mit einem Asyl-Visum schaffen:* Kommunen können die Bundesregierung auffordern, ein Asyl-Visum einzuführen, das Schutzsuchende unkompliziert über deutsche Auslandsvertretungen beantragen und mit dem sie sicher nach Deutschland einreisen können. Zusätzlich können Kommunen in humanitären Fällen niedrigere Hürden für ergänzende Visa (z.B. Bildungs- oder Arbeitsvisa) verlangen;
- *bessere Finanzierung für aufnahmebereite Kommunen fordern:* Städte, die bereit sind, einen größeren Anteil an der Aufnahme von Schutzsuchenden zu tragen, sollten von Bund und Ländern stärker finanziell unterstützt werden.

Kommunalen Handlungsspielraum neu entdecken

Solidarische Städte in ganz Europa haben in den letzten zehn Jahren Hand in Hand mit sozialen Bewegungen und Initiativen politische Fakten geschaffen und das europäische Migrationsregime neu geordnet. Mit der Bewegung der «Sicheren Häfen» haben sie sich über ihre Rolle als rein umsetzende Ebene bei der Aufnahme von Geflüchteten zu transformativen Akteuren des Wandels in der Migrationspolitik entwickelt. **Und trotz des aktuellen politischen Backlash lebt die Solidarität auf kommunaler Ebene** – teilweise im Kleinen und Verborgenen – weiter.

Besonders jetzt, wo in und um Europa Grenzen geschlossen werden und täglich Pushbacks erfolgen, können und sollten sich solidarische Städte stärker reaktivieren. Im Geiste der Willkommenskultur von 2015 und der anschließenden «Sichere-Häfen-Bewegung» sollten sie ihre migrationspolitische Stimme und ihre vorhandenen Handlungsspielräume (wieder) nutzen. Denn es sind die solidarischen Städte, die gezeigt haben und wieder zeigen können, dass eine andere Migrationspolitik möglich ist.

Literatur

Ärzte ohne Grenzen (2025): Der Umgang mit Schutzsuchenden ist ein Gradmesser für Menschlichkeit, 20.5.2025, www.aerzte-ohne-grenzen.de/unsere-arbeit/blog/flucht-migrationspolitik-umgehung-menschenrechte-pushbacks

Braun, Michael/Wandler, Reiner (2018): Italien macht dicht, in: die tageszeitung, 11.6.2018, <https://taz.de/Hafen-fuer-Schiff-mit-Fluechtlingen-gesperrt/!5512798/>

Città di Palermo (2015): Charta von Palermo 2015. Internationale Freizügigkeit von Menschen. Von der Migration als Problem zur Freizügigkeit als unveräußerlichem Menschenrecht, Palermo, <https://we-refugees-archive.org/archive/charta-von-palermo/>

Deutscher Bundestag (2025): Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten geplant, www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw23-de-familiennachzug-1083664

DIMR – Deutsches Institut für Menschenrechte (2025): Zurückweisungen an deutschen Grenzen: politisch umstritten, rechtlich unzulässig, 3.6.2025, www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuelles/detail/zurueckweisungen-an-deutschen-grenzen-politisch-umstritten-rechtlich-unzulaessig

Fröhlich, Alexander/Funk, Albert (2018): Offener Brief an Angela Merkel. Bonn, Düsseldorf und Köln wollen gerettete Flüchtlinge aufnehmen, in: Der Tagesspiegel, 27.7.2018, www.tagesspiegel.de/politik/bonn-duesseldorf-und-koln-wollen-gerettete-fluechtlinge-aufnehmen-8428726.html

Houston, Serin D./Tucker, Anastasia (2024): Mapping U.S. Sanctuary Policies. StoryMaps, <https://storymaps.arcgis.com/stories/cdc77fd8d6674a44b60c1a941d2f509d>

Jakob, Christian (2021a): Berlin. Ein Stadtstaat klagt auf sein Recht auf Aufnahme, Moving Cities Report, <https://moving-cities.eu/de/berlin-1>

Jakob, Christian (2021b): Rottenburg. Eine Kleinstadt beeinflusst die nationale Migrationspolitik, Moving Cities Report, <https://moving-cities.eu/de/rottenburg-2>

Jakob, Christian (2021c): Potsdam. Eine Stadt vernetzt Orte in ganz Europa, Moving Cities Report, <https://moving-cities.eu/de/potsdam-2>

Magni, Maura (2024): Wie Kommunen Menschen schützen können. Rechtliche Spielräume zur selbstständigen Aufnahme und Relocation von Geflüchteten aus dem Ausland, Handlungsleitfaden von Moving Cities, Berlin, 2024. Abrufbar unter https://cms.moving-cities.eu/uploads/240424_MC_City_Leitfaden_e779f466fc.pdf

Podolski, Tanja/Suliak, Hasso (2020): Können die Länder auch ohne den Bund Flüchtlinge aufnehmen?, in: Legal Tribune Online, 15.9.2020, www.lto.de/recht/hintergruende/h/laender-aufnahme-fluechtlinge-moria-spd-union-bmi-seehofer-23aufenthg

Pro Asyl (2016a): Asyl in Zahlen 2015, 18.5.2016, www.proasyl.de/hintergrund/zahlen-und-fakten-2015/

Pro Asyl (2016b): Schlaglichter 2015, 8.6.2016, www.proasyl.de/hintergrund/schlaglichter2015/

Pro Asyl (2016c): Der Sommer der Flüchtlingssolidarität – Ein Jahr danach, 4.9.2016, www.proasyl.de/news/der-sommer-der-fluechtlingssolidaritaet-ein-jahr-danach

Pro Asyl (2024): FAQ zur europäischen Asylreform GEAS: Antworten auf die wichtigsten Fragen, 23.12.2024, www.proasyl.de/news/faq-zur-europaeischen-asylreform-geas-antworten-auf-die-wichtigsten-fragen

Marta Castro arbeitet seit August 2024 als Projektassistentin bei Moving Cities. Zuvor war sie als unabhängige Beraterin tätig und begleitete Organisationen wie Ayuda en Acción oder den Norwegischen Flüchtlingsrat bei der Entwicklung ihrer Migrationsprogramme. Als Mitgründerin der Plattform Mar Abierto setzt sie sich dafür ein, die Migrationsbewegungen auf den Kanarischen Inseln sichtbar zu machen und besser zu verstehen.

Maura Magni hat einen Master in Politikwissenschaft und analysierte in ihrer Abschlussarbeit die Rolle von Städten im europäischen Migrationsregime. Als Aktivistin baute sie die «Seebrücke»-Bewegung mit auf und unterstützte die Initiierung des Bündnisses «Städte Sicherer Häfen». Von 2022 bis 2025 arbeitete sie im Verein United4Rescue und leitete dort das Projekt Moving Cities.

IMPRESSUM POLICY BRIEF 05_2025 wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Henning Heine · Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de · ISSN (Print) 2944-4144, ISSN (Online) 2944-4152
Redaktionsschluss: September 2025 · Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin · Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfwzwecken verwendet werden.

